Woche im Blick, Ansbach, 09. 04. 2010

Zwei Themen bei Ostermärschen:

Gegen Militär-Präsenz und Natur-Verschleiß

Foto: Bernd Höllein

Gleich zwei Ostermärsche gab's am vergangenen Wochenende in Stadt und Landkreis Ansbach. Insgesamt waren dabei knapp 600 Demonstranten unterwegs. Mehr auf

Seite 4

Ansbach und Feuchtwangen:

Rege Beteiligung an Ostermärschen

An die 600 Menschen haben am vergangenen Wochenende an zwei Ostermärschen in Ansbach und Feuchtwangen teilgenommen. Während die Veranstalter in Ansbach vor allem pazifistische Motive vortrugen, ging es in Feuchtwangen-Zischendorf um den Protest gegen das geplante Gewerbegebiet „Interfranken".

Bei zwei Anti-Kriegs-Kundgebungen in Katterbach und Ansbachs Altstadt am Ostersamstag (Bild) zählten die Veranstalter rund 400 Teilnehmer.

Rund 400 Demonstranten hatten sich nach Veranstalter-Schätzungen in Ansbach an einer Mahnwache vor der US-Kaserne in Katterbach, der anschließenden Kundgebung auf dem Martin Luther-Platz und dem Ostermarsch rund um die Altstadt beteiligt. Die Polizei gab die Teilnehmerzahl mit 250 bis 300 an.

Als Redner traten der Nürnberger Linken-Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg, der Uffenheimer Grünen-Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz, der Ansbacher Bürgermeister Hannes Hüttinger (BAP), der Bürgermeister der tschechischen Stadt Jince, Josef Hala, der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Etz langt's", Pfarrer Hansjörg Meyer, Stadtrat Boris-André Meyer (Offene Linke), der Würzburger Stadtrat Holger Grünwedel und Bund Naturschutz-Kreisvorsitzender Bernd Horbaschek an die Mikrofone. Weinberg forderte dabei „die Schließung aller ausländischen Militärbasen auf deutschem Boden" und den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Kekeritz wies auf den Zusammenhang zwischen der internationalen Nahrungsmittelproduktion mit ungleichen wirtschaftlichen Chancen und kriegerischen Auseinandersetzungen hin („Wer Frieden will, muss auch den Hunger bekämpfen"). Zudem hätten sich die Waffenexporte Deutschlands in den letzten zehn Jahren glatt verdoppelt, so Kekeritz.

Josef Hala berichtete von der erfolgreichen Verhinderung einer US-Basis in Westböhmen. Laut dem Ansbacher Bürgermeister Hüttinger sei Ansbach durch die hiesige US-Präsenz „mittendrin im Krieg". US-Amerikaner seien in Ansbach immer willkommen, „nicht jedoch ihre Waffen". Die Stadt Ansbach sei durch ihren Stadtratsbeschluss in Sachen Hubschrauberlärm „Teil der Friedensbewegung" geworden.

„Etz langt's"-Vorsitzender Meyer kritisierte die Untätigkeit von Land und Bund angesichts der Belastungen durch die Katterbacher US-Basis und bezeichnete die dortigen Soldaten als „Missbrauchsopfer in Kriegen um Vormacht und Geld". Boris-André Meyer wies darauf hin, dass in Katterbach „seit 75 Jahren Kriege vorbereitet" würden. Diese traurige Tradition müsse beendet werden, so Meyer.

Holger Grünwedel berichtete vom Würzburger Beispiel, wo 2009 das Militär abgezogen war und jetzt die Uni aufs Militärgelände zieht. Bernd Horbaschek nannte Krieg „die schlimmste Form der Umweltzerstörung" und die Natur-Ausgleichsmaßnahmen für die Urlas-Bebauung der US-Streitkräfte eine „naturschutzrechtliche und naturschutzfachliche Farce".

„Interfranken"-Marsch

Im Feuchtwanger Ortsteil Zischendorf hatten sich am Ostermontag rund 180 Demonstranten auf einen sechs Kilometer langen Weg durch das geplante Gewerbegebiet „Interfranken" gemacht und auf Plakaten vor einer Verwirklichung des Vorhabens gewarnt.

„Das ist Hypo Real Estate im Kleinen", warnte Bund Naturschutz-Referent Tom Konopka am Rande der Veranstaltung vor einem möglichen Flop von „Interfranken". Die Millionen-Investitionen bekomme man „nur zurück, wenn man Glück hat". Immerhin gebe es bereits jetzt 450 Hektar leerstehende Gewerbegebiete im Landkreis Ansbach. Dazu sollen nun nochmals 81 Hektar „Interfranken"-Gebiet kommen, für deren Infrastruktur die beteiligten Gemeinden 18 Millionen Euro schultern müssten. In dieser Summe sei etwa die erforderliche Umstrukturierung de Kreisstraßennetzes noch gar nicht enthalten, so Konopka. Nach Berechnungen des Bürgerforums „Wörnitztal mit Zukunft – Allianz für eine lebenswerte Heimat" kämen für den ersten Bauabschnitt 40 Millionen Euro zusammen. Im Endausbau plane man sogar ein 240 Hektar großes Gebiet. Hier drohe „ein finanzielles Desaster".

Das Vorhaben widerspreche „allen wichtigen Aussagen des Landesentwicklungsprogrammes" und „allen Zielsetzungen des Klimaschutzes", so der BN-Referent, der den Projektgegnern auch weiterhin die Hilfe seiner Organisation versicherte.

Bernd H.W. Höllein

In Zischendorf bei Feuchtwangen protestierten insgesamt rund 180 Demonstranten gegen das geplante Gewerbegebiet „Interfranken".

Auf Plakaten rechnete die Bürgerinitiative die geschätzten Kosten fürs Gewerbeareal für jede einzelne beteiligte Gemeinde und deren Bürger vor. ***Fotos: Bernd Höllein***